

## **Antrag**

**der Abgeordneten David Stoop, Metin Kaya, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,  
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,  
Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, Heike Sudmann  
und Insa Tietjen (DIE LINKE)**

**Betr.: Aktiv für den Frieden: Hamburg muss seine Verpflichtungen im Rahmen  
des Mayors-for-Peace-Netzwerks endlich erfüllen und den Aktionsplan  
für Frieden und Abrüstung umsetzen**

Auf Beschluss der Bürgerschaft ist Hamburg 2009 der Initiative Mayors for Peace beigetreten. In dem Friedensnetzwerk sind inzwischen mehr als 8.000 Städte aus 166 Ländern vereint. Kernbestandteil der friedenspolitischen Arbeit der Mayors for Peace ist ein Aktionsplan, der die Mitglieder des Netzwerks dazu anhält, sich mit unterschiedlichen Maßnahmen für Frieden und Abrüstung in der Welt einzusetzen. Die Mitgliedsstädte sind dazu angehalten, friedenspolitische Bildungs- und Forschungsangebote, insbesondere für Jugendliche, zu organisieren und politische Kampagnen für Abrüstung und eine weltweite Ächtung von Atomwaffen zu unterstützen.

Auf Anfrage der Linksfraktion (Drs. 22/7334) musste der Senat zugeben, dass bisher keiner der konkret benannten Punkte des von 2021 bis 2025 geltenden Aktionsplanes der Mayors for Peace umgesetzt wurde. Mehr noch: Der Senat teilte in seiner Antwort mit, dass er weder Jugenddelegationsfahrten zu fördern gedenkt, noch Hiroshima-Nagasaki-Kurse nach den Kriterien der Mayors for Peace einrichten oder friedenspolitische Bildungsangebote finanzieren möchte. In allen abrüstungspolitischen Fragen verweist der Senat darauf, dass hierfür der Bund zuständig sei. Mit dieser Haltung karikiert der Senat die Mitgliedschaft Hamburgs im Netzwerk der Mayors for Peace, dessen Ansatz es ja gerade ist, Frieden und Abrüstung als ein gemeinsames Interesse der dort vernetzten Städte und Gemeinden zu erkennen.

Die komplette Inaktivität des Hamburger Senats bei der Erfüllung des Aktionsplanes der Mayors for Peace ist umso unverständlicher, als die Freie und Hansestadt Hamburg gemäß ihrer Verfassung eine aktive Rolle als Mittlerin des Friedens in der Welt spielen soll. Diesem Anspruch wird der Senat mit der Nichterfüllung des Aktionsplanes der Mayors for Peace nicht gerecht.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. in Erfüllung von Ziel C, Nummer 3, iv des Aktionsplans der *Mayors for Peace* ein Förderprogramm in Höhe von 500.000 Euro pro Jahr für friedenspolitische Jugendfahrten aufzulegen, aus dem Jugenddelegationsfahrten zu Friedens- und Abrüstungskonferenzen finanziert werden. Die Organisation und Umsetzung soll durch unabhängige Jugendverbände erfolgen, die sich mit entsprechenden Konzepten auf Fördermittel bewerben können.

2. in Erfüllung von Ziel C, Nummer 1, v des Aktionsplans der *Mayors for Peace* Mittel in Höhe von 40.000 Euro für eine zweijährig stattfindende Hamburger Abrüstungskonferenz bereitzustellen und in der Vorbereitung und Durchführung relevante zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Universitäten einzubinden.
3. in Kooperation mit Hamburger Universitäten einen Hiroshima-Nagasaki-Feldstudienkurs nach den Kriterien der *Mayors for Peace* einzurichten, welcher jährlich mindestens für ein Semester angeboten wird, und hierfür entsprechende Finanzmittel bereitzustellen.
4. der Bürgerschaft spätestens bis zum 31.03.2023 über den Stand der Umsetzung der in diesem Antrag benannten Punkte zu berichten.